

**Personelle Vermögensverteilung
und Aktienbesitz***

Arbeitspapier Nr. 28

Dr. Irene Becker, Goethe-Universität Frankfurt a. M.

November 2001

* Der Text basiert auf einem Vortrag auf der Konferenz „Die ökonomische Basis der Bürgergesellschaft“ der Heinrich-Böll-Stiftung am 18.10.2001 in Berlin.

Personelle Vermögensverteilung und Aktienbesitz

Inhalt

1. Vermögensverteilung in der Diskussion.....	3
2. Begriffliche Abgrenzung.....	3
3. Zuwachs und strukturelle Änderung des Vermögens der privaten Haushalte in den neunziger Jahren	4
4. Personelle Vermögensverteilung: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS)	7
4.1 Methodische Vorbemerkungen zur Datenbasis.....	7
4.2 Hohe Ungleichheit in West- und in Ostdeutschland	8
4.3 Vermögensstruktur in Abhängigkeit von der Vermögenshöhe.....	11
4.4 Personelle Verteilung einzelner Vermögensarten	14
5. Ergänzende Informationen aus der Vermögensteuerstatistik	15
6. Schlussbemerkungen.....	19

1. Vermögensverteilung in der Diskussion

In Diskussionen um den „Umbau“ des deutschen Wohlfahrtsstaates wird zunehmend auf die Selbstverantwortung der Bürger/innen verwiesen und der staatliche Aufgabenbereich auf die Herstellung von formaler Gleichheit der Startchancen reduziert. Chancengleichheit, Eigenverantwortung bzw. Eigenvorsorge werden aber maßgeblich von den jeweiligen materiellen Ressourcen des Einzelnen ermöglicht oder eingeschränkt. Von daher ist die aktuelle Vermögensverteilung nicht nur unter allgemeinen Gerechtigkeitsgesichtspunkten, sondern auch bei der Beurteilung der faktischen Rahmenbedingungen des geforderten Paradigmenwechsels von zentraler Bedeutung. Dabei werden in gegenwärtigen Debatten teilweise weitreichende Erwartungen an die gestiegene bzw. künftig steigende Teilhabe breiter Bevölkerungskreise am Produktivvermögen geknüpft. Vor diesem Hintergrund soll in der folgenden Skizzierung der personellen Vermögensverteilung in Deutschland auch die Bedeutung des Aktienbesitzes herausgearbeitet werden. Die über einen langen Zeitraum beobachtete Zunahme der Zahl der Aktionäre sowie der Anstieg des DAX, NEMAX etc. allein gibt noch keine Hinweise auf damit evtl. verbundene Verteilungsänderungen. Letztere können zu einer weiteren Polarisierung oder aber auch zu einem allmählichen Rückgang der Ungleichheit geführt haben – je nachdem, in welchen Schichten die Aktienbesitzquoten gestiegen sind und die Titel mit den höchsten Kursgewinnen gehalten werden. Im übrigen zeigt die jüngste Börsenentwicklung sehr deutlich, dass die Einbeziehung nicht realisierter Wertzuwächse in die Vermögensbestandsgrößen ein trügerisches Bild zeichnen kann.

2. Begriffliche Abgrenzung

Im Folgenden wird ein recht enger, auf monetäre Größen beschränkter Vermögensbegriff zugrunde gelegt.¹ Das Nettovermögen ergibt sich aus dem Geldvermögen², dem Immobilienvermögen, dem Gebrauchsvermögen sowie dem Produktivvermögen als Wert der Anteile am Unternehmenssektor³ nach Abzug aller Verbindlichkeiten; empirische Analysen müssen sich wegen fehlender Daten allerdings meist auf das Geld- und Immobilienvermögen beschränken. Grundsätzlich sollten alle Ergebnisse eher im Sinne von Größenordnungen denn als exakte Werte interpretiert werden, denn die

¹ Wegen weitgehend ungelöster Erfassungs- und Bewertungsprobleme bleiben also reale oder nicht-monetäre Komponenten, z. B. immaterielle Rechte, das Humankapital, das Sozialvermögen (akkumulierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung), nichtreproduzierbare Ressourcen und die Umweltqualität ausgeklammert.

² Sichtguthaben, Termingelder, Sparbriefe, sonstige Spareinlagen, Bauspar- und Versicherungsguthaben sowie Wertpapiere (Rentenwerte, Aktien, Investmentanteile) zum Tageskurs; Bargeld und sonstige Forderungen (z. B. Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen) können in empirischen Untersuchungen meist nicht berücksichtigt werden.

³ Dazu zählen nicht Aktien oder ähnliche Anteilsscheine, die dem Geldvermögen zugerechnet werden, sondern im wesentlichen Betriebe von natürlichen Personen und Personengemeinschaften/-gesellschaften sowie Betriebe in der Rechtsform der GmbH, soweit deren Anteile von natürlichen Personen gehalten werden.

Erfassung des Vermögens ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, Bewertungen können nach unterschiedlichen Kriterien bzw. mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen erfolgen.

3. Zuwachs und strukturelle Änderung des Vermögens der privaten Haushalte in den neunziger Jahren

Tabelle 1 soll zunächst einen Eindruck über die Größenordnung des „verteilbaren Ganzen“ und über einige Relationen in den 90er Jahren vermitteln; Ergebnisse für 2000 liegen bisher nur für das Geldvermögen vor. Die dargestellten Vermögensaggregate sind aus der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank abgeleitet, wobei die Ermittlung des Geldvermögens recht unproblematisch, die Bewertung des Sachvermögens unter Berücksichtigung von Abschreibungen dafür umso schwieriger ist. Es zeigt sich, dass das Bruttovermögen des privaten Haushaltssektors innerhalb von sechs Jahren um ca. 30% gestiegen ist – nach Abzug der Verbindlichkeiten fiel der Zuwachs nur etwas geringer aus. Er wurde von einer deutlichen strukturellen Veränderung begleitet: das Geldvermögen ist seit 1993 überproportional – nämlich um die Hälfte – gestiegen und erreichte 1999 40% des Bruttogesamtvermögens. Damit erreichte das durchschnittliche Bruttogeldvermögen pro Haushalt im Jahr 2000 ca. 190.000 DM bzw. gut zwei Fünftel mehr als im Jahr 1993. Auch im Vergleich mit dem verfügbaren Einkommen ist das Geldvermögen deutlich überproportional gestiegen (vgl. letzte Zeile in Tabelle 1).

Dies ist zum großen Teil auf die Entwicklung des Aktienvermögens und des Bestands an Investmentzertifikaten zurückzuführen, wie aus Abbildung 1 hervorgeht. Der Anteil dieser Vermögensarten am Geldvermögen der privaten Haushalte machte im Jahr 2000 jeweils 11%⁴ aus nach nur 7% bzw. 6% im Jahr 1993. Allerdings ist im vergangenen Jahr das von privaten Haushalten gehaltene Aktienvermögen (zu Marktpreisen bewertet) um knapp ein Zehntel gegenüber 1999 zurückgegangen⁵ – hier zeigen sich erste Kurskorrekturen an den Märkten –, während bei den Investmentzertifikaten infolge der starken Präferenz für den indirekten Aktienerwerb noch ein starker Zuwachs zu verzeichnen war⁶.

⁴ Dies entspricht aber nur jeweils 4,4% des gesamten Bruttovermögens.

⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank (2001) a. a. O., S.31. Die direkten Aktienkäufe machten im Jahr 2000 aber noch 23 Mrd. DM aus, nach 27 Mrd. DM im Jahr 1999; vgl. Deutsche Bundesbank (2001), a. a. O., S. 25.

⁶ Die privaten Haushalte legten im Jahr 2000 118 Mrd. DM in Investmentzertifikaten an, der entsprechende Vermögensbestand stieg von 737 auf 816 Mrd. DM; vgl. Deutsche Bundesbank (2001), a. a. O., S. 25 und S. 30.

Tabelle 1: Vermögensbestände privater Haushalte¹⁾ 1993 bis 2000

	1993		1998		1999			2000	
	in Mrd. DM	Struktur in %	in Mrd. DM	1993 = 100	in Mrd. DM	1993 = 100	Struktur in %	in Mrd. DM	1993 = 100
Bruttovermögen									
- Sachvermögen ²⁾	7.319	54,4	8.649	118,2	8.831	120,7	50,2	n.v.	n.v.
- Geldvermögen	4.733	35,2	6.443	136,1	7.034	148,6	40,0	7.127	150,6
- Gebr. Vermögen	1.399	10,4	1.675	119,7	1.735	124,0	9,9	n.v.	n.v.
Insgesamt	13.451	100,0	16.767	124,7	17.600	130,8	100,0	n.v.	n.v.
Verpflichtungen³⁾	1.916		2.665	139,1	2.844	148,4		2.929	152,9
Reinvermögen	11.535		14.102	122,3	14.756	127,9		n.v.	n.v.
Geldvermögen (brutto)									
in DM je Haushalt (1993 = 100)	130.600 (100,0)		171.700 (131,5)		186.100 (142,5)			187.600 (143,6)	
in % des verfügb. Einkommens	223,0		265,8		282,7			278,5	

1) Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck.

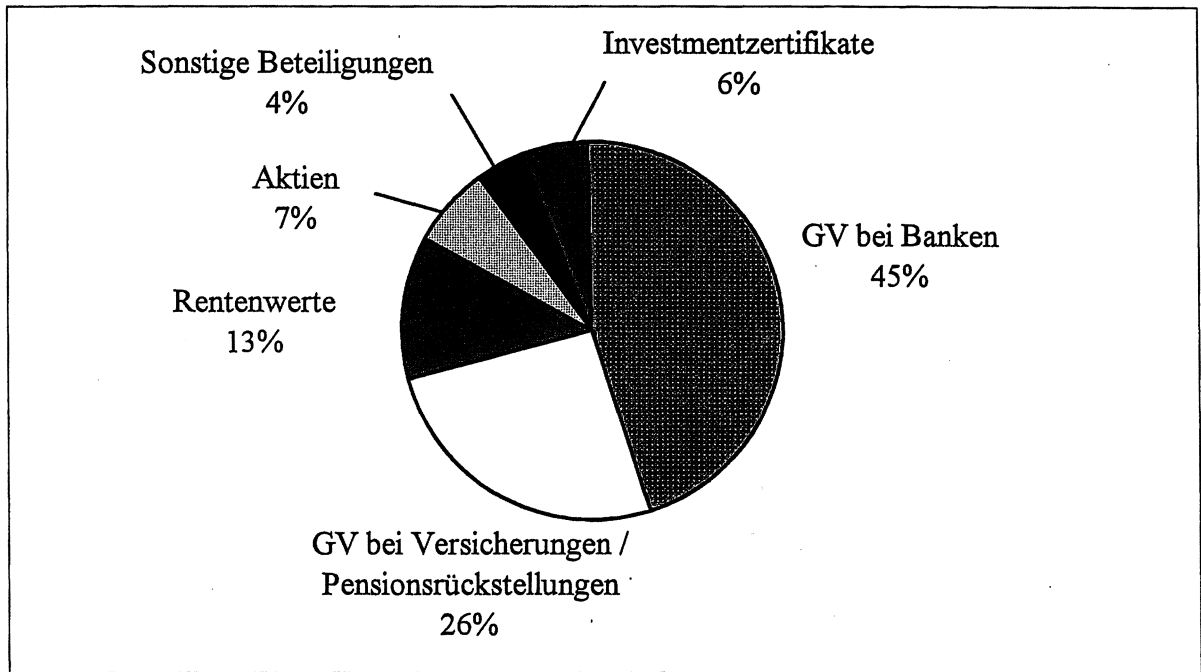
2) Einschl. Wohngrundstücke und gewerbl. Grundstücke, jedoch ohne unbebaute sowie land- und forstwirtschaftl. genutzte Grundstücke

3) Wohnungsbaukredite, Kredite für gewerbliche und konsumtive Zwecke.

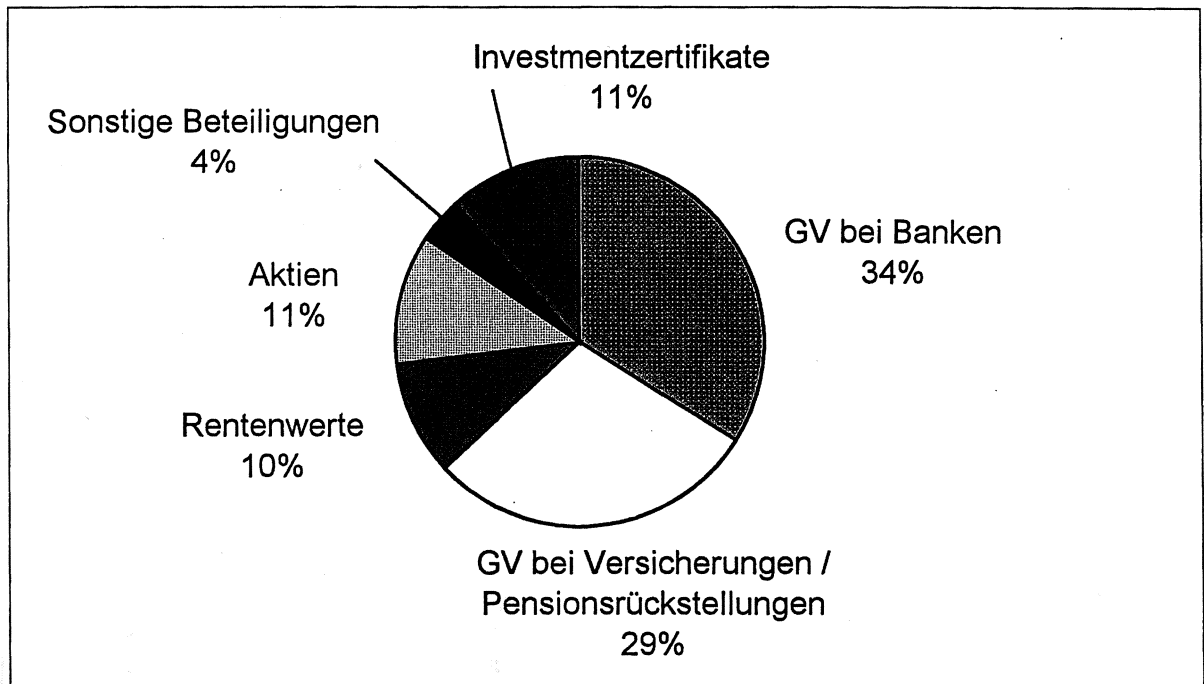
Quelle: Deutsche Bundesbank (2001): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2000, in: Monatsbericht Juni 2001, S. 30; und dies. (2000): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1999, in: Monatsbericht Juni 2000, S. 24.

**Abbildung 1: Struktur des Bruttogeldvermögens (GV) privater Haushalte¹⁾
1993 und 2000**

1993



2000



¹⁾ Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck.
Quelle: Deutsche Bundesbank (2001), a.a.O., S. 30.

4. Personelle Vermögensverteilung: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS)

4.1 Methodische Vorbemerkungen zur Datenbasis

Es stellt sich nun die Frage nach der Verteilung des Reinvermögens der privaten Haushalte von immerhin knapp 15 Billionen DM und nach möglichen Auswirkungen der Änderungen in der Vermögensstruktur. Die folgenden Ergebnisse basieren auf den Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes, die sich insofern besonders eignen, als sie einen vergleichsweise großen Stichprobenumfang haben (1998: ca. 60.000 Haushalte)⁷ und neben dem Einkommen und Abgaben auch die wichtigsten Vermögensarten, allerdings ausschließlich des Betriebsvermögens, erheben.⁸

Die Repräsentativität ist allerdings durch die unzureichende Erfassung des untersten und des obersten Rands der Verteilung eingeschränkt – eine Folge der hier besonders geringen Teilnahmebereitschaft.⁹ Dies ist ein allgemeines Problem von Umfragen ohne Auskunftspflicht und führt zu einem „Mittelstands-Bias“ unbekannten Ausmaßes, so dass sowohl Armut als auch Reichtum und damit die Ungleichheit der Verteilung in unserer Gesellschaft tendenziell unterschätzt werden. Die Untererfassung der höchsten Einkommens- und Vermögensschichten ist ein Grund dafür, dass das in der EVS erfasste Geldvermögen nur die Hälfte des aus der Vermögensrechnung der Deutschen Bundesbank resultierenden Aggregats ergibt¹⁰, während das Immobilienvermögen nahe an das entsprechende gesamtwirtschaftliche Aggregat herankommt.¹¹ Trotz dieser Grenzen des Datenmaterials und einiger methodischer Besonderheiten einzelner Erhebungen, welche die Vergleichbarkeit im Zeitverlauf beeinträchtigen,¹² stellen die EVS eine vergleichsweise solide Basis für Verteilungsanalysen dar, wenn bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt wird, dass es sich lediglich um untere Schätzwerte der Ungleichheit handeln kann.

⁷ Die EVS werden seit 1962 in ungefähr fünfjährigem Turnus durchgeführt und sind als Quotenstichprobe angelegt, wobei die Quotierung und die Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung auf Basis der mit dem jeweils vorangegangenen Mikrozensus erfassten sozio-demografischen Struktur erfolgen.

⁸ Ein Überblick über weitere Mikrodatenquellen mit ihren jeweils spezifischen Vorteilen und Schwächen findet sich in Hauser, Richard, Irene Becker (2001): Zur Verteilungsentwicklung in Deutschland – Probleme ihrer Erforschung, in: Stadlinger, Jörg (Hrsg.): Reichtum heute, Münster, S. 43-67.

⁹ Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die EVS als Haushaltsstichprobe die in Institutionen (z. B. in Altenheimen, Wohnheimen, Kasernen, Justizvollzugsanstalten etc.) lebende Bevölkerung sowie Personen ohne festen Wohnsitz prinzipiell ausschließt und Haushalte mit ausländischer Bezugsperson erst seit 1993 einbezogen werden.

¹⁰ Es ist aber auch zu vermuten, dass in den Mittelschichten Vermögen und die entsprechenden Einkommen teilweise unvollständig angegeben werden.

¹¹ Dementsprechend erreichen auch die nachgewiesenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hochgerechnet nur zwei Drittel bis drei Viertel des VGR-Aggregats, während die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit weitgehend erfasst sind.

4.2 Hohe Ungleichheit in West- und in Ostdeutschland

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Entwicklung der personellen Vermögensverteilung in Westdeutschland für einen zehnjährigen Zeitraum und für Ostdeutschland zwischen 1993 und 1998.¹³ Dabei wird zwar auf Haushalte als gemeinsam wirtschaftende Einheiten Bezug genommen, indem das Haushaltsnettovermögen die relevante Ausgangsgröße ist. Da der Vermögensbildung neben Vererbungsmotiven insbesondere auch Sicherheits- und Vorsorgemotive zugrunde liegen und diese tendenziell für alle zusammenlebenden Familienmitglieder gelten, werden im Folgenden die Nettovermögen pro Haushaltsmitglied als Verteilungsobjekte, Personen als Verteilungssubjekte zugrunde gelegt. Dies ist zwar eine starke Vereinfachung, da die tatsächlichen Anspruchskonstellationen innerhalb der einzelnen Haushalte und mögliche Ansprüche weiterer Personen nicht berücksichtigt werden können. Der Ansatz scheint aber gegenüber der Alternative, das Haushaltsvermögen nur dem Haushaltsvorstand zuzurechnen, treffender.

Die Darstellung in Tabelle 2 basiert auf einer Anordnung der Bevölkerung nach der Höhe des Nettovermögens pro Haushaltsmitglied und der Bildung von zehn gleich großen Gruppen – den Dezilen –, für die dann jeweils ihr Anteil am Nettogesamtvermögen der privaten Haushalte berechnet wird. Im theoretischen Referenzfall der Gleichverteilung würden in allen Dezilen Bevölkerungs- und Vermögensanteil gleich sein – also 10% betragen –, die Abweichungen von diesem Gleichverteilungsfall werden als Indikator der Ungleichheit herangezogen. Es zeigt sich, dass sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland die untersten 10% der Bevölkerung in (netto) verschuldeten Haushalten leben, d. h. dass hier die Verpflichtungen ein evt. vorhandenes positives Bruttovermögen übersteigen. Bis zum fünften Dezil erreichen die Dezilsanteile nur sehr geringe Werte, so dass die untere Hälfte der Bevölkerung in Westdeutschland nur auf einen Vermögensanteil von 6% bis 9%, in Ostdeutschland von ungefähr 7% kommt. Erst im siebenten Dezil erreicht der Vermögensanteil annähernd den Bevölkerungsanteil, während er im obersten Dezil gut das Vierfache des Bevölkerungsanteils ausmacht. Die Vermögenskonzentration ist also sehr groß; zudem scheint sie sich in Westdeutschland im Beobachtungszeitraum nicht wesentlich verändert zu haben und ist in Ostdeutschland eher noch etwas größer – bei allerdings wesentlich geringerem Niveau der Nettovermögen pro Haushaltsmitglied.

¹² Vgl. Hauser, Richard, Irene Becker (2001): Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 – 1998. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, S. 46-60.

¹³ Zu Einzelheiten der Vermögensverteilung und ihrer Entwicklung seit 1988 – allerdings weitgehend unter Bezugnahme auf Haushalte und nur ergänzend aus der personenbezogenen Perspektive – sowie zu weiterführenden Literaturhinweisen vgl. Hauser, Richard, Holger Stein (2001): Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland, Reihe Stiftung Der Private Haushalt, Band 37, Frankfurt a. M. Bezüglich einer Überprüfung der Vermögensdaten der EVS vgl. insbes. Schüssler, Reinhard, Oliver Lang, Hermann Buslei (2000), Wohlstandsverteilung in Deutschland 1978 – 1993, edition der Hans-Böckler-Stiftung 34, Düsseldorf.

Tabelle 2: Entwicklung der personellen Vermögensverteilung¹⁾ in West- und in Ostdeutschland
- Ergebnisse der EVS 1993 und 1998 -

	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1988	1993	1998	1993	1998
Durchschnittswert (in DM)	73.530	112.250	120.920	32.300	44.810
Dezilsanteile in %					
1. Dezil	-0,8	-0,3	-0,4	-0,3	-0,5
2. Dezil	0,3	0,5	0,3	0,7	0,4
3. Dezil	0,9	1,3	1,0	1,4	1,3
4. Dezil	1,9	2,6	2,3	2,2	2,3
5. Dezil	3,7	4,8	4,3	3,1	3,8
6. Dezil	6,5	7,3	6,9	4,6	5,8
7. Dezil	9,7	10,0	9,9	6,9	8,8
8. Dezil	13,7	13,6	13,7	11,3	13,2
9. Dezil	19,9	19,3	19,8	20,4	20,3
10. Dezil	44,3	40,9	42,2	49,7	44,6

¹⁾ Ohne Haushalte mit ausländischer Bezugsperson. Bezug: Nettovermögen des Haushalts / Zahl der Haushaltsmitglieder. Zum Vermögensbegriff: Verkehrswert von Immobilienvermögen abzüglich Restschuld, Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere zum Tageskurs, Versicherungsguthaben, sonstiges Geldvermögen (z.B. Festgelder, Girokontenbestände) abzüglich Konsumentenschulden. Wegen Unterschieden zwischen den einzelnen EVS bei der Erfassung des Vermögens mussten insbesondere für 1988, in geringerem Maße auch für 1998, einige Zusatzberechnungen bzw. Schätzungen vorgenommen werden; vgl. Hauser/Stein 2001, S. 185-190.

Quelle: EVS-Datenbank der Professur für Sozialpolitik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main; eigene Berechnungen.

Für Gesamtdeutschland stellt sich die Dezilsverteilung sehr ähnlich dar, wie aus Tabelle 3 hervorgeht. In dieser Betrachtung ist der unteren Bevölkerungshälfte ca. 6%, den oberen 20% ca. zwei Drittel des Nettogesamtvermögens privater Haushalte zuzurechnen. Die Tabelle weist zusätzlich die Dezilsgrenzwerte aus; während sich im obersten Dezil ein überproportionaler Anstieg zeigt, sind die Grenzwerte der untersten beiden Gruppen gesunken – ein Indiz für die Zunahme der (netto) verschuldeten Haushalte. Um die Bedeutung des direkten Beteiligungskapitals privater Haushalte im Kontext der Gesamtvermögensverteilung zu eruieren, sind im rechten Teil der Tabelle 3 zunächst die Aktienbesitzquoten für die Dezile ausgewiesen. Erwartungsgemäß steigen diese deutlich mit der Vermögenshöhe. Insgesamt lebte 1998 knapp ein Fünftel der Bevölkerung in den 6 Mio. Haushalten mit Aktienbesitz¹⁴, im untersten Dezil waren es nur 3%, im obersten Dezil ungefähr ein

¹⁴ Damit liegt die Zahl der Haushalte mit Aktienbesitz im Jahr 1998 nach Ergebnissen der EVS höher als nach Ergebnissen einer im Auftrag des Deutschen Aktieninstituts (DAI) durchgeführten Befragung. Letztere Erhebung ergibt 4,5 Mio. Aktionäre; das sind nur ca. drei Viertel der Vergleichszahl laut EVS. Für 1993 liegen die Ergebnisse beider Erhe-

Drittel. Dabei haben die Aktienbesitzquoten mit Ausnahme des untersten Bevölkerungsfünftels in allen Gruppen gegenüber 1993 deutlich zugenommen, in den mittleren Gruppen um ungefähr 80%, im obersten Dezil um die Hälfte. Damit erfährt also die These einer gestiegenen Teilhabe der Bevölkerung – wenn auch nicht breiter Bevölkerungskreise – am Produktivvermögen eine gewisse Bestätigung.

Tabelle 3: Personelle Vermögensverteilung¹⁾ und Aktienbesitzquoten²⁾ nach Dezilen

- Ergebnisse der EVS 1993 und 1998 -

	Dezilsanteile in % (Dezilsgrenze in DM)		Aktienbesitzquoten in %	
	1993	1998	1993	1998
1. Dezil	-0,3 (1.667)	-0,4 (186)	(2,6) ³⁾	2,7
2. Dezil	0,4 (6.212)	0,2 (5.265)	4,0	4,6
3. Dezil	1,0 (12.693)	0,9 (13.342)	5,9	9,5
4. Dezil	1,9 (24.123)	1,9 (27.166)	7,5	14,6
5. Dezil	3,6 (45.526)	3,6 (49.589)	10,9	19,8
6. Dezil	6,3 (73.657)	6,1 (79.528)	11,6	20,2
7. Dezil	9,5 (107.514)	9,4 (116.667)	13,6	21,9
8. Dezil	13,6 (153.956)	13,5 (168.345)	15,4	23,8
9. Dezil	20,1 (237.695)	20,2 (265.068)	17,8	25,8
10. Dezil	44,0	44,6	24,8	37,1
Alle	100,0	100,0	11,4	18,0
Nachrichtlich:	Durchschnittliches Vermögen pro Haushaltsmitglied (in DM)		Zahl der Haushalte mit Aktienbesitz	
	94.880	104.222	3.672.800	6.012.968

¹⁾ (Nettoimmobilienvermögen + Nettogeldvermögen) / Zahl der Haushaltsmitglieder; das Vermögen ergibt sich aus folgenden Komponenten: Verkehrswert von Immobilienvermögen abzüglich Restschuld, Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere zum Tageskurs, Versicherungsguthaben, Sonstiges Geldvermögen (z.B. Festgelder, Girokontenbestände; letztere mussten für 1998 geschätzt werden (vgl. Hauser/Stein 2001, S. 190)) abzüglich Konsumentenschulden.

²⁾ Personen in Haushalten mit Aktienbesitz in % aller Personen des Dezils.

³⁾ Fallzahl in der Stichprobe < 100; dementsprechend ist der Fehlerspielraum groß.

Quelle: EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.; eigene Berechnungen.

bungen noch näher zusammen: 3,9 Mio. Aktionäre laut DAI-Studie, 3,7 Mio. Aktionärshaushalte laut EVS. Vgl. Leven, Franz-Josef (2001): Zahl der Aktionäre und Besitzer von Aktienfondsanteilen steigt weiter, <http://www.dai.de>.



4.3 Vermögensstruktur in Abhängigkeit von der Vermögenshöhe

Die These wird allerdings bei der Betrachtung des bewerteten Aktienvermögens im Rahmen des Gesamtvermögens der privaten Haushalte relativiert. Tabelle 4 zeigt die Anteile des Nettogeldvermögens am gesamten Haushaltsnettovermögen in den einzelnen Dezilen sowie die darin enthaltenen jeweiligen Anteile des Aktienvermögens. Die im untersten Bereich nahe 100% liegenden Geldvermögensanteile spiegeln die hier sehr geringe Verbreitung von Immobilieneigentum wieder; denn der Erwerb von Immobilien setzt meist eine nicht unbeträchtliche Vermögenssumme voraus, während Geldvermögen beliebig teilbar ist und auch aus minimalen Beträgen gebildet werden kann. Vom vierten bis zum siebten Dezil sinkt der Anteil des Nettogeldvermögens sehr schnell und liegt im obersten Dezil bei nur einem Fünftel bis einem Viertel des Haushaltsnettovermögens, da hier nahezu alle Haushalte Haus- und Grundeigentum haben. Im rechten Teil der Tabelle zeigt sich eine nur sehr geringe Bedeutung des Aktienvermögens in Relation zum Haushaltsnettovermögen insgesamt, die sich 1998 zwischen 1% und 3% bewegt.

Beim Vergleich von 1993 und 1998 fällt auf, dass der Anteil des Nettogeldvermögens insgesamt leicht gestiegen ist, wobei dies ausschließlich auf die oberen 50% der Bevölkerung zurückzuführen ist. Dieser Anstieg ist zum Teil auf eine Zunahme des Anteils des Aktienvermögens zurückzuführen. Dieser hat sich insgesamt nahezu verdoppelt, ist in einzelnen Dezilen relativ sogar noch stärker gestiegen – allerdings von einem sehr geringen Niveau aus. Selbst im obersten Dezil beläuft sich das Aktienvermögen auf nur 3% des Nettogesamtvermögens, was aber immerhin ca. 14.000 DM pro Haushaltsmitglied gegenüber erst 7.000 DM im Jahr 1993 entspricht (vgl. unterer Teil der Tabelle 4). Auch unter Berücksichtigung einer möglicherweise beträchtlichen Unterschätzung der Kurswerte durch die Befragten kommt dem Aktienvermögen also trotz der häufig diagnostizierten Aktieneuphorie eine nach wie vor untergeordnete Bedeutung im Portefeuille der privaten Haushalte zu.

Dies gilt abgeschwächt auch in einer auf Haushalte mit positivem Aktienbesitz beschränkten Betrachtung, wie sich aus Abbildung 2 ergibt. Hier sind die Anteile des Aktienvermögens am Haushaltsnettovermögen in den unteren Dezilen zwar sehr hoch und im Beobachtungszeitraum sogar gestiegen; dies ergibt sich aber aus der nur geringen Höhe des Gesamtvermögens – im zweiten Dezil 1998 durchschnittlich 2.400 DM pro Haushaltsmitglied –, wodurch in den wenigen Fällen einer Entscheidung für Aktien kaum noch Mittel für weitere Anlagen verbleiben. In den unteren Dezilen ist zudem der Geldvermögensanteil nicht gestiegen, was auf Substitutionen zwischen Aktien und weiteren Anlageformen hinweist. Insgesamt machte das Aktienvermögen bei den Besitzerhaushalten 1998 gut 7% des Nettogesamtvermögens aus nach knapp 6% im Jahr 1993 und ist damit um weniger Prozentpunkte gestiegen als das Nettogeldvermögen im Allgemeinen.

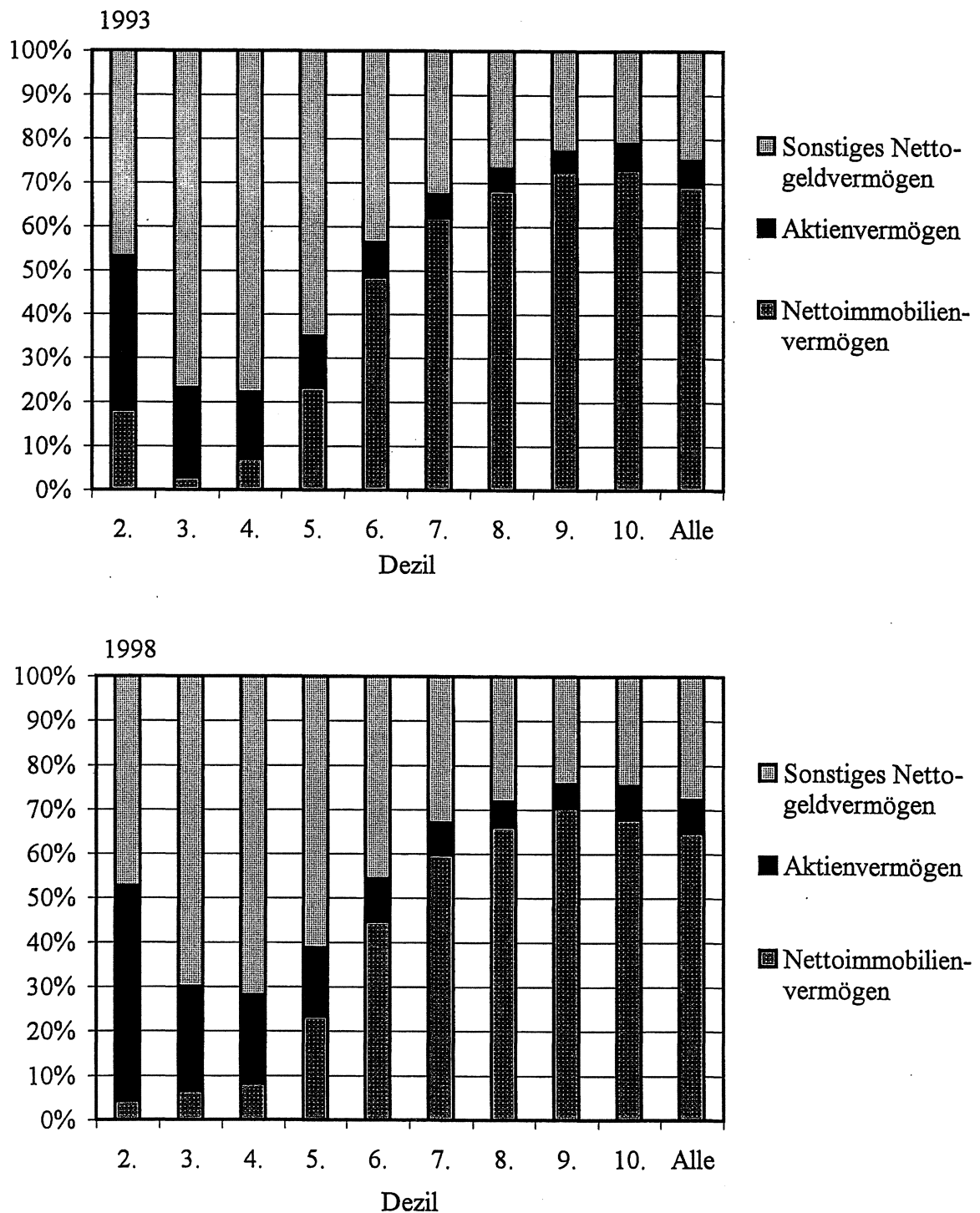
Tabelle 4: Struktur des Nettogesamtvermögens nach Dezilen¹⁾**- Ergebnisse der EVS 1993 und 1998 -**

	Nettogeldvermögen		darunter: Aktienvermögen	
	in % des Nettogesamtvermögens			
	1993	1998	1993	1998
1. Dezil	-110,9	-102,6	-1,4	-1,3
2. Dezil	96,7	96,7	1,4	2,8
3. Dezil	95,3	94,5	1,2	2,4
4. Dezil	88,2	86,4	1,2	3,0
5. Dezil	67,2	64,3	1,3	3,0
6. Dezil	38,3	41,5	0,9	2,0
7. Dezil	26,9	29,2	0,7	1,6
8. Dezil	22,7	24,8	0,8	1,3
9. Dezil	21,2	22,3	0,8	1,4
10. Dezil	20,3	24,2	1,6	3,0
Alle	26,3	28,5	1,2	2,3
	in DM pro Haushaltsmitglied			
1. Dezil	-3.018	-4.188	37	52
2. Dezil	3.741	2.406	54	69
3. Dezil	8.772	8.501	111	215
4. Dezil	15.806	17.009	206	581
5. Dezil	22.841	24.143	431	1.140
6. Dezil	22.813	26.442	546	1.254
7. Dezil	24.204	28.403	646	1.518
8. Dezil	29.282	34.812	962	1.867
9. Dezil	40.320	47.102	1.560	2.949
10. Dezil	84.642	112.650	6.764	14.138
Alle	24.941	29.726	1.132	2.378

¹⁾ Personen nach der Höhe des Nettovermögens pro Haushaltsmitglied.

Quelle: EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.; eigene Berechnungen.

Abbildung 2 Struktur des Nettogesamtvermögens in Haushalten mit Aktienbesitz nach Dezilen¹
 - Ergebnisse der EVS 1993 und 1998 -



¹⁾ Bezug: Personen nach der Höhe des Nettogesamtvermögens pro Haushaltsmitglied. Zum Vermögensbegriff vgl. Fußnote 1 in Tabelle 2.

Quelle: EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

4.4 Personelle Verteilung einzelner Vermögensarten

Aufgrund der bisher präsentierten Ergebnisse ist nicht zu erwarten, dass die Verbreitung von Aktienbesitz bisher zu einer wesentlichen Verbesserung der Vermögensposition der unteren Schichten geführt hat. Dies wird mit Tabelle 5 bestätigt, wo die Verteilung der Vermögensarten nach Dezilen des Nettogesamtvermögens ausgewiesen ist. Das Nettoimmobilienvermögen ist 1993 wie auch 1998 wegen des in der unteren Bevölkerungshälfte weitgehend fehlenden Besitzes wesentlich ungleicher verteilt als das Nettogeldvermögen insgesamt. Das Aktienvermögen ist allerdings noch ungleicher verteilt als Haus- und Grundbesitz. Das obere Zehntel der Bevölkerung verfügt über drei Fünftel des in der EVS erfassten Aktienvermögens, woran sich zwischen den beiden Beobachtungszeitpunkten nichts verändert hat.

Tabelle 5: Verteilung einzelner Vermögensarten nach Dezilen¹⁾ (in %)
- Ergebnisse der EVS 1993 und 1998 -

	1993			1998		
	Nettoim- mobili- enver- mögen	Netto- geldver- mögen	Aktien- vermögen	Nettoim- mobili- enver- mögen	Netto- geldver- mögen	Aktien- vermögen
1. Dezil	0,0	-1,2	0,3	0,0	-1,4	0,2
2. Dezil	0,0	1,5	0,5	0,0	0,8	0,3
3. Dezil	0,1	3,5	1,0	0,1	2,9	0,9
4. Dezil	0,3	6,3	1,8	0,4	5,7	2,4
5. Dezil	1,6	9,2	3,8	1,8	8,1	4,8
6. Dezil	5,3	9,2	4,8	5,0	8,9	5,3
7. Dezil	9,4	9,7	5,7	9,3	9,6	6,4
8. Dezil	14,3	11,7	8,5	14,2	11,7	7,9
9. Dezil	21,4	16,2	13,8	22,0	15,9	12,4
10. Dezil	47,6	33,9	59,8	47,3	37,9	59,5

¹⁾ Bezug: Personen nach der Höhe des Nettogesamtvermögens pro Haushaltsmitglied. Zum Vermögensbegriff vgl. Fußnote 1 in Tabelle 3.

Quelle: EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

5. Ergänzende Informationen aus der Vermögensteuerstatistik

Die vorstehenden Ausführungen sind – wie einleitend erwähnt – sehr vorsichtig zu interpretieren, da die EVS den obersten Rand der Verteilung nicht ausreichend erfasst. Deshalb sollen abschließend einige Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik¹⁵ herangezogen werden, die wegen der hohen Freibeträge¹⁶ einen oberen Bereich der Vermögensverteilung abdeckt, der in der EVS nur teilweise nachgewiesen ist¹⁷; 1995 wurden nur gut 1 Mio. unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen veranlagt. Direkt vergleichbar sind die Ergebnisse beider Datenquellen allerdings nicht, da die Vermögensteuerstatistik Steuerpflichtige unabhängig vom Haushaltskontext erfasst, auch das Betriebsvermögen berücksichtigt, die bewertungsrechtlichen Vorschriften teilweise zu deutlich von ökonomischen Begriffen abweichenden Größen führen und sich zudem im Zeitablauf ändern.¹⁸ Die jüngsten Ergebnisse beziehen sich auf 1995 – dies sind auf absehbare Zeit die letzten Ergebnisse, da die Vermögensbesteuerung Anfang 1997 ausgesetzt worden ist.

Zunächst ein Blick auf die Ungleichheit der Verteilung des Gesamtvermögens, das nach Abzug der Schulden definiert ist, innerhalb dieses Segments des privaten Sektors: In Abbildung 3a ist die Verteilung der Steuerpflichtigen nach Größenklassen des Gesamtvermögens für 1989, 1993 und 1995 dargestellt, wobei sich im Zeitablauf eine deutlich abnehmende Bedeutung der Gruppen bis 250.000 DM und eine Zunahme insbesondere in den Gruppen ab einer halben Million DM zeigt. Abbildung 3b zeigt die entsprechende Vermögensverteilung, die eine wesentlich stärkere Konzentration an der Spitze aufweist als die auf die Gesamtbevölkerung bezogene Verteilung. Nur 4% der Steuerpflichtigen verfügten in allen Erhebungsjahren über fast die Hälfte des steuerpflichtigen Vermögens. Dieses Ergebnis ist nicht etwa auf die am oberen Rand besonders bedeutsamen Betriebsvermögen zurückzuführen. Denn auch bei Beschränkung auf Veranlagte mit überwiegendem Geldvermögen¹⁹ und auf diese Vermögensart zeigt sich eine nahezu identische Verteilung (vgl. Abbildungen 4a und 4b).

¹⁵ Die Möglichkeit zu Sonderauswertungen ist für die Vermögensteuerstatistik bisher noch nicht genutzt worden, sie bietet aber auch mit ihrem veröffentlichten Tabellenprogramm einige Analysegrundlagen.

¹⁶ 70.000 DM bei allein veranlagten natürlichen Personen; bei zusammen veranlagten natürlichen Personen wurden für jeden der Beteiligten 70.000 DM als Freibetrag angesetzt.; vgl. Schöffel, R. (1997): Vermögen und seine Besteuerung 1993, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1997, S. 497-503, hier: S. 499.

¹⁷ Nach einer Untersuchung von Schüssler, Reinhard, Oliver Lang und Hermann Buslei (2000), a. a. O., S. 34f. ergibt sich, dass die EVS 1993 nur gut drei Viertel der Vermögensteuerpflichtigen nachweist. In den oberen Vermögensklassen ergeben sich zudem noch wesentlich geringere Nachweisquoten: bei Vermögen zwischen 0,5 und 2,5 Mio. DM 62%, bei höheren Vermögen lediglich 15%.

¹⁸ Dies gilt insbesondere für das Immobilien- und das Betriebsvermögen. Durch das Steueränderungsgesetz 1992 wurde der Freibetrag für jedes Mitglied mit Betriebsvermögen von 125.000 DM auf 500.000 DM erhöht; vgl. Schöffel, Reinhard (1997), a. a. O., S. 499.

¹⁹ In der Terminologie der Vermögensteuerstatistik handelt es sich hier um das Sonstige Vermögen, das über den Geldvermögensbegriff in einigen Punkten hinausgeht, indem beispielsweise auch Edelmetalle u. ä., Schmuckgegenstände, Kunstgegenstände und Sammlungen dazugehören. Vgl. Statistisches Bundesamt (1999), Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.4, Vermögensteuer, Hauptveranlagung 1995, S. 15f.

Abbildung 3a: Verteilung der unbeschränkt steuerpflichtigen Personen nach ihrem Gesamtvermögen auf Größenklassen 1989, 1993 und 1995 in Westdeutschland

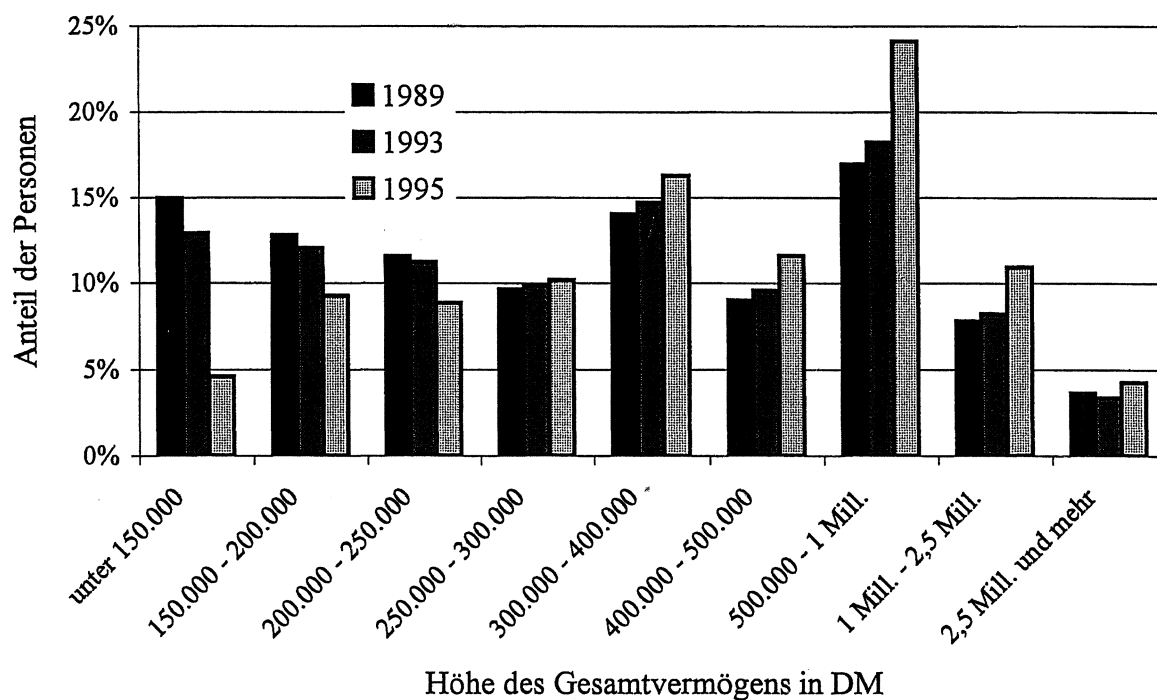
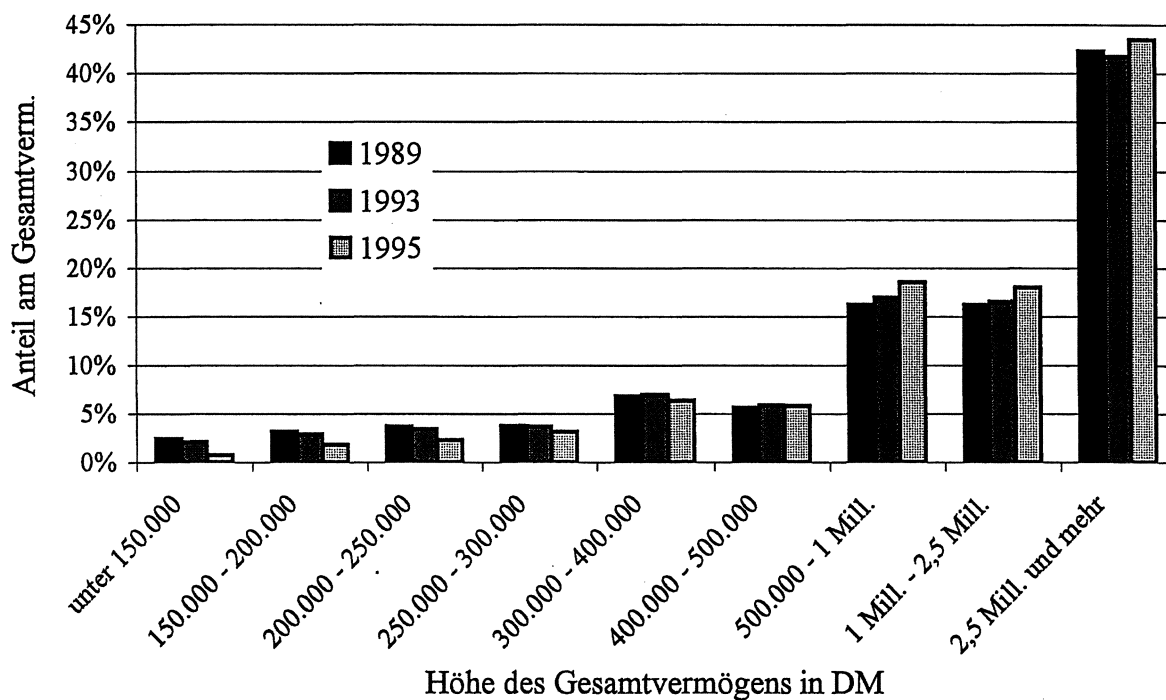


Abbildung 3b: Verteilung des Gesamtvermögens auf Größenklassen 1989, 1993 und 1995 in Westdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 7.4, Vermögensteuer, Hauptveranlagung 1989, 1993 und 1995, Tab. 1.3, 1.8, 2.1.2.4, verschiedene Jahrgänge.

Abbildung 4a: Verteilung der unbeschränkt steuerpflichtigen Personen nach ihrem sonstigen Vermögen auf Größenklassen 1989, 1993 und 1995 in Westdeutschland*

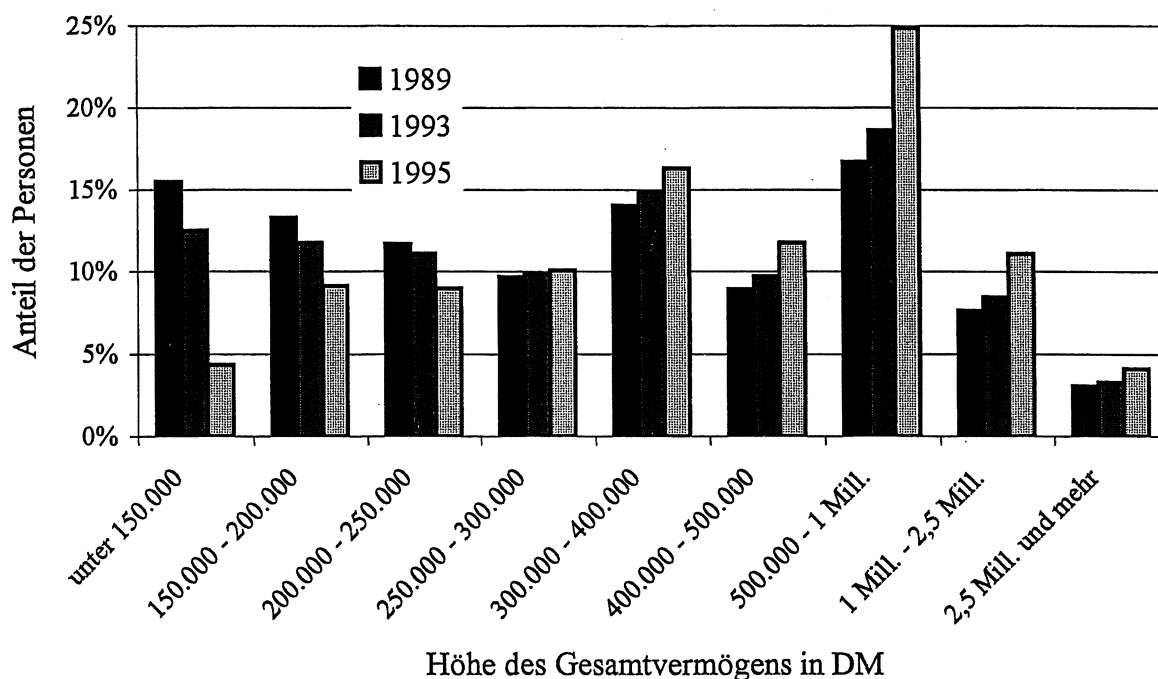
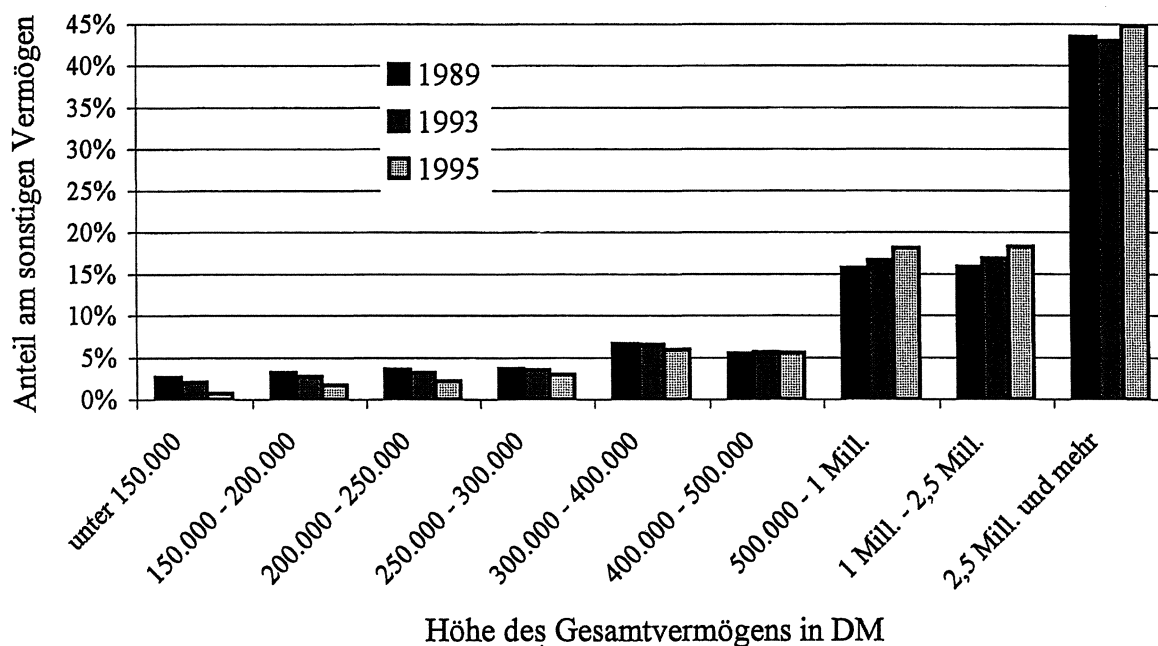


Abbildung 4b: Verteilung des sonstigen Vermögens auf Größenklassen 1989, 1993 und 1995 in Westdeutschland*

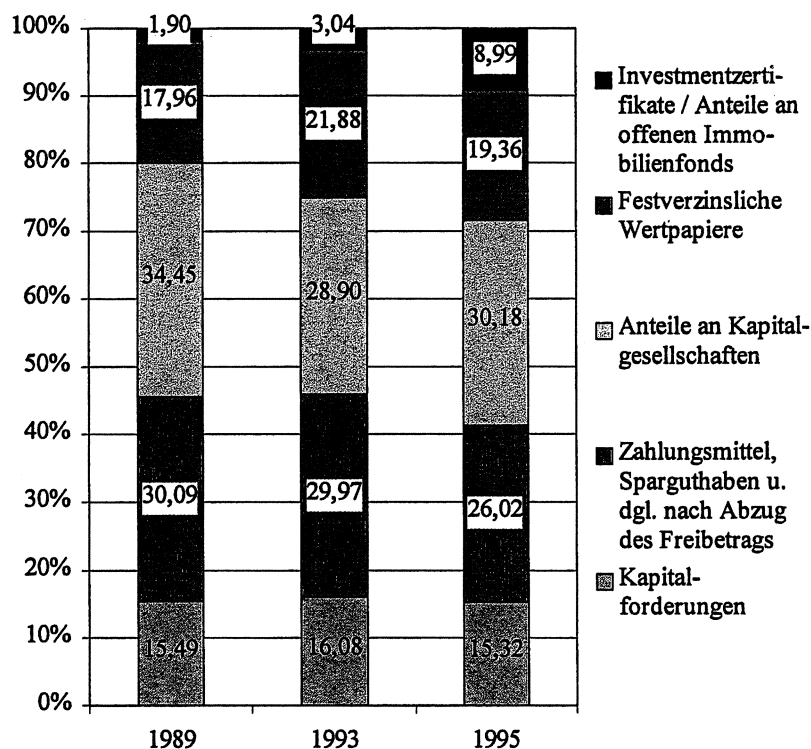


* Personen mit überwiegendem sonstigen Vermögen

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 7.4, Vermögenssteuer, Hauptveranlagung 1989, 1993 und 1995, Tab. 1.3, 1.8, 2.1.2.4, verschiedene Jahrgänge.

Welche Bedeutung dem Aktienvermögen dabei zukommt, ist aus den veröffentlichten Tabellen der Vermögensteuerstatistik leider nicht zu entnehmen. Die Struktur des Geldvermögens lässt sich nur insgesamt, also ohne Differenzierung nach Vermögensgrößenklassen ableiten.²⁰ Wie aus Abbildung 5 hervorgeht, ist in der Gruppe der Vermögensteuerpflichtigen der Anteil der Beteiligungen an Kapitalgesellschaften²¹ mit ca. einem Drittel um ein Vielfaches höher als in der Gesamtbevölkerung; überraschenderweise hat er sich aber zwischen 1989 und 1995 nicht erhöht.

Abbildung 5: Struktur des sonstigen Vermögens 1989, 1993 und 1995 in Westdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 7.4: Vermögensteuer, Hauptveranlagung, Tab. 1.8, verschiedene Jahrgänge.

²⁰ Die Angaben beziehen sich auf die Gesamtheit der Veranlagten mit Sonstigem Vermögen – das sind 99% der Pflichtigen.

²¹ Neben Aktien gehören auch sonstige Anteilscheine, Kuxe, Geschäftsanteile andere Gesellschaftseinlagen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften in diese Kategorie. Vgl. Statistisches Bundesamt (1999), Fachserie 14, a. a. O., S. 15.

6. Schlussbemerkungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich nach vorliegenden Daten die im Vergleich zur Einkommensverteilung wesentlich größere Ungleichheit der Vermögensverteilung seit Ende der 80er Jahre kaum verändert hat. Die aus der Makroperspektive erhebliche Zunahme der Zahl der Aktionäre sowie des zu Stichtagskursen bewerteten Aktienvermögens hat bei mikroanalytischer Betrachtung keine großen Effekte gezeigt. Eine Verringerung der Ungleichheit der Vermögensverteilung durch Beteiligungen privater Haushalte ist also nicht eingetreten und auch für die Zukunft kaum zu erwarten.²² Diese skeptische Einschätzung wird auch gestützt durch die in großen Teilen der Bevölkerung sehr geringe Sparfähigkeit. So hatte nach Ergebnissen der EVS 1998 ungefähr ein Viertel der privaten Haushalte eine negative Sparquote, d.h. dass ein Kredit aufgenommen oder vorhandenes Vermögen als Einkommensersatz oder für Anschaffungen aufgelöst wurde; Aktien eignen sich für diese Zwecke wegen der kaum vorhersehbaren Kursentwicklungen wenig.

Wegen der Grenzen des empirischen Materials unterliegen zwar alle Aussagen zur Vermögensverteilung einigen Vorbehalten, diese weisen allerdings eher in die Richtung einer tatsächlich höheren Ungleichheit als in die gegenteilige Richtung.²³ Allerdings kann die in der EVS im Vergleich zur Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank starke Untererfassung der Aktienvermögen – nicht der Zahl der Aktionäre – neben der unzureichenden Beteiligung der obersten Wohlstandsschichten, die am stärksten in Aktien investieren, auch auf zu niedrige Bewertungen durch einen großen Teil der Befragten zurückzuführen sein. Damit wäre auch in den Mittelschichten eine Unterschätzung des Aktienvermögens anzunehmen, die aber den ersten Effekt bei weitem nicht aufwiegen dürfte.

Für die nähere Zukunft ist angesichts der gegenwärtigen Entwicklung an den Aktienbörsen für die große Mehrheit der Bevölkerung mit einem steigenden Risikobewusstsein und einem zumindest stagnierenden Engagement in Aktien zu rechnen, so dass wir m. E. weit davon entfernt sind, ein „Volk von Aktionär/innen“ zu werden. Ob die in den letzten Jahren beobachtbare Präferenz für Investmentzertifikate anhält, als Alternative zu direktem Aktienbesitz akzeptiert wird und im Portefeuille auch der Mittelschichten wesentliche Anteile ausmachen wird²⁴, bleibt abzuwarten.

²² Zu diesem Schluss kommt auch Thiele, Silke (2001): Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen, in: Stadlinger, Jörg (Hrsg.) Reichtum heute, Münster, S. 144-154, hier S. 154.

²³ Hier ist nochmals auf den Mittelstands-Bias von Umfragen mit freiwilliger Beteiligung hinzuweisen. Zudem belegen erste Untersuchungen auf Basis der Einkommensteuerstichprobe 1995 eine deutliche Untererfassung der obersten Einkommensschichten in der EVS, die wegen der hohen positiven Korrelation von Einkommen und Vermögen sich z. gr. T. mit hohen Vermögensschichten überschneiden. Vgl. in diesem Zusammenhang Merz, Joachim (2001): Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommensteuerstatistik. Beitrag zum Armuts- und Reichtumsbericht 2001 der Bundesregierung. Endbericht, Lüneburg, S. 99-109. Vgl. auch Schüssler, Reinhard, Oliver Lang und Hermann Buslei (2000), a. a. O., S. 34f.

²⁴ Nach Ergebnissen der EVS machten Investmentzertifikate u. ä. 1993 in Westdeutschland 3,5% des Bruttogeldvermögens der privaten Haushalte aus, wobei sich keine großen Unterschiede zwischen den Einkommensschichten zeigten.

Vgl. Hauser, Richard, Irene Becker, Jürgen Faik und Johannes Schwarze (1997): Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland. Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Frankfurt a. M., S. 80a und 80b (Tabellen 3.6a und 3.6b). Eine Vergleichsrechnung auf Basis der EVS 1998 scheitert daran, dass die Investmentzertifikate nur zusammengefasst mit Anteilen an sonstigen Fonds sowie an Personengesellschaften u. ä. erhoben wurden.

Arbeitspapiere des EVS-Projekts
„Personelle Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland“
(Stand: November 2001)

Arbeitspapier Nr. 1: The Development of the Income Distribution in the Federal Republic of Germany during the Seventies and Eighties
(Richard Hauser und Irene Becker)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Hauser, Richard, Irene Becker (1997): The development of income distribution in the Federal Republic of Germany during the 1970s and 1980s. In: Gottschalk, Peter, Björn Gustafsson, Edward Palmer (Hrsg.): Changing patterns in the distribution of economic welfare. An international perspective, Cambridge, S. 184-219.

Arbeitspapier Nr. 2: Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik
(Richard Hauser)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Hauser, Richard (1995): Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik. In: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.): Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft, Festschrift zum 65. Geburtstag von H. Lampert, Berlin, S. 133-150.

Arbeitspapier Nr. 3: Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren
(Irene Becker und Richard Hauser)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Becker, Irene, Richard Hauser (1995): Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren. In: Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung (Applied Economics Quarterly), 41. Jg., Heft 4, S. 308-342.

Arbeitspapier Nr. 4: Die Veränderung der personellen Einkommensstruktur in der Bundesrepublik Deutschland
(Uwe Fachinger und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 5: Kostenelemente eines Bürgergeldmodells
(Irene Becker)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Becker, Irene (1995): Das Bürgergeld als alternatives Grundsicherungssystem: Darstellung und kritische Würdigung einiger empirischer Kostenschätzungen. In: Finanzarchiv, Band 52, Heft 3, S. 305-338.

Arbeitspapier Nr. 6: Stabilität in der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung
(Irene Becker)